

Kurdistan: Die Rückkehr der Kurden in die Machtpolitik des Mittleren Ostens

Mit dem Zerfall der letztlich auf das Sykes-Picot-Abkommen vom 16. Mai 1916 zurück gehenden Nachkriegsordnung sind auch die KurdInnen¹ endgültig wieder aus dem Schatten der Geschichte getreten. Die Grenzstriche auf der Landkarte, mit der sich die späteren Siegermächte des ersten Weltkrieges ihre zukünftigen Einflussphären im Nahen Osten aufgeteilt hatten, sind heute obsolet.

Dabei zeichnet sich allerdings trotz patriotischer Träume von der Schaffung eines kurdischen Nationalstaates eher eine partielle Rückkehr in die Situation Mitte des 19. Jahrhunderts ab, als eine verspätete Erfüllung des Traums kurdischer NationalistInnen.

Bis dahin lebten die KurdInnen an der Peripherie des Osmanischen und des Persischen Reiches in de facto weitgehend autonomen, jedoch miteinander rivalisierenden und lose an die jeweiligen Zentren der beiden Reiche gebundenen Fürstentümern, kooperierten mit teilweise von ihnen abhängigen christlichen Stämmen und Bevölkerungsgruppen, beuteten diese jedoch auch immer wieder aus und standen in einem komplexen Verhältnis gegenseitiger Abhängigkeiten und Rivalitäten mit den arabischen, turkmenischen und anderen muslimischen Bevölkerungsgruppen. Während einige der heute kurdischen Gebiete bis zum Genozid (Völkermord) von 1915 mehrheitlich von armenischen und aramäischsprachigen ChristInnen bewohnt wurden, dominierten kurdische Fürstenhäuser bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts jene Regionen mit kurdischer Mehrheitsbevölkerung, herrschten allerdings teilweise auch über christliche Bevölkerungsgruppen.

Rückkehr zu den kurdischen Fürstentümern?

Diese kurdischen Fürstentümer mussten im Osmanischen Reich, dem sie unterstellt waren, keinen Tribut zahlen und keine Soldaten für die Armee stellen. Erst die Zentralisierung und Modernisierung des Osmanischen Reiches brachte im 19. Jahrhundert ein Ende dieser autonomen Fürstentümer. Das Fürstentum Soran im heutigen Nordirak wurde bereits in den 1830er-Jahren vernichtet und der osmanischen Provinz Mosul (Wilayat) angegliedert. 1842 folgte das Fürstentum Badinan. Das Fürstentum Botan, das über Jahrhunderte der wichtigste Ort kurdischen Literaturschaffens war, wurde 1847 gemeinsam mit den Fürstentümern Hakkari und Bitlis zerschlagen und das Fürstentum Baban, um die Stadt Suleymania, wurde 1850 der osmanischen Provinz Mosul zugeschlagen. Das bedeutendste kurdische Fürstentum im Iran, Ardalan, verlor erst 1867 seine Autonomie. Letztlich beendete damit erst die nahöstliche Staatsverdichtung des 19. Jahrhunderts

die jahrhundertelange Autonomie kurdischer Fürstentümer beiderseits der osmanisch-persischen Grenze.

Keines dieser Fürstentümer hat je einen kurdischen Nationalstaat gegründet und auch wenn die kurdische Nationalbewegung des 20. Jahrhunderts versuchte manche dieser Feudalherren als Vorläufer des kurdischen Nationalismus für sich zu vereinnahmen, hatten diese in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts überwiegend eigene Partikularinteressen verfolgt und sich dabei auch immer wieder mit den Zentralmächten des Iran und des Osmanischen Reiches gegen andere Fürstentümer verbündet. Eine kurdische Einheit gab es bereits damals nicht. Vielmehr rivalisierten regionale Herrscherhäuser und Stammesföderationen um Wohlstand, Einfluss und Macht und verwendeten dabei auch die Zentren der Reiche für ihre eigenen Partikularinteressen.

Kampf um Autonomie

Das 20. Jahrhundert mit seinen europäischen Protektoraten im Nahen Osten, dem türkischen und den arabischen Nationalstaaten und dem sich vom Reich zur „Islamischen Republik“ transformierenden Iran, hatte bekanntlich keinen Platz für KurdInnen als Akteur der internationalen Politik. Aufstandsbewegungen wurden mit Mitteln genozidaler Aufstandsbekämpfung niedergeschlagen. Die 1991 entstandene, prekäre Autonomie in Irakisch-Kurdistan entwickelte sich zunächst zu einem Bürgerkrieg (1994 bis 1997) zwischen den beiden größten Parteien, der



Arbil hat sich als Hauptstadt der Autonomieregion Kurdistan im Irak zu einer bedeutenden Metropole entwickelt. (Foto: Thomas Schmidinger)

Patriotischen Union Kurdistans (*Yekîtiy Nîşîmaniy Kurdistan*, PUK) und der Demokratischen Partei Kurdistans (*Partiya Demokrata Kurdistanê*, PDK), wobei sich letztere sogar mit dem früheren Erzfeind Saddam Hussein gegen die rivalisierende PUK verbündete. Letztlich existierten de facto zwei kurdische Entitäten mit einer Hauptstadt in Suleymania, dem alten Fürstensitz von Baban, und einer Regierung im Norden mit der Hauptstadt Arbil und ihren Hochburgen im ehemaligen Fürstentum Badinan.

Auch wenn der Bürgerkrieg Ende der 1990er-Jahre beendet und zwei Jahre nach dem Sturz Saddam Husseins 2005 sogar eine gemeinsame Regierung gebildet wurde, blieb der politische Gegensatz zwischen Suleymania und Arbil bis in die Gegenwart bestehen. Bis heute existieren kurdische KämpferInnen (Peshmerga), die der PUK und der PDK gegenüber loyal sind. Auch wenn alle zusammen offiziell dem Peshmerga-Ministerium unterstehen, sind sie auch fast ein Vierteljahrhundert nach Beginn der kurdischen Autonomie immer noch nur ein wenig mehr als Parteimilizen, deren Loyalität zu einer Partei und nicht gegenüber einem gesamtkurdischen Projekt besteht.

Dabei ist die Autonomieregion Kurdistan im Irak heute nicht mehr der einzige Teil Kurdistans, der de facto autonom regiert wird. 2012 gelang es den syrischen KurdInnen im Windschatten des syrischen Bürgerkrieges den Großteil ihres Siedlungsgebietes nahezu umfassend unter Kontrolle zu bringen. Einen entscheidenden Faktor bildete dabei eine weitere kurdische Partei, die sowohl mit der PDK des Irak als auch mit der PUK rivalisiert, nämlich die Demokratische Unionspartei (*Partiya Yekîtiya Demokrat*, PYD). Diese wurde 2003 als Schwesterpartei der in den 1970er-Jahren in der Türkei entstandenen Arbeiterpartei Kurdistans (*Partiya Karkerên Kurdistan*, PKK) gegründet. PKK-Führer Abdullah Öcalan, der von 1979 bis zum September 1998 mit Unterstützung der syrischen Regierung unter Hafez al-Assad von Syrien aus die PKK kommandierte, hatte seine KämpferInnen zwar nur gegen die Türkei eingesetzt, allerdings befanden sich seit Beginn des bewaffneten Kampfes in der Türkei im August 1984 auch syrische KurdInnen in den Reihen der PKK.

Im Gegenzug für die Unterstützung der PKK durch das Regime, verbot sich die PKK die Einmischung in die inneren Angelegenheiten Syriens und übernahm in den 1980er-Jahren sogar die Position des Regimes, dass die syrischen KurdInnen eigentlich alle Flüchtlinge aus der Türkei wären.² Im Gegenzug dazu erhielt die Partei die Unterstützung des Regimes und die Möglichkeit ihre eigenen Militanten im von Syrien kontrollierten Teil des Libanon von der palästinensischen Demokratischen Front zur Befreiung Palästinas (*Ğabhat al-dimuqratiyya li-tahrir filastin*, DFLP) unter Nayef Hawatmeh ausbilden zu lassen.³ Ihre erste Kampferfahrung konnte die Partei dort 1982 gegen die israelische Libanon-Invasion gewinnen, die sie dann für den Kampf gegen die Türkei nutzte.

Mit den Volksverteidigungskräften (*Hêzên Parastina Gel*, HPG) verfügt die PKK bis heute über eine kampferfahrene Guerillaarmee, deren KämpferInnen maßgeblich bei der Gründung der syrisch-kurdischen Volksverteidigungseinheiten (*Yekîneyên Parastina Gel*, YPG) im Juli 2012 mithalfen.

Rojava als zweite kurdische Entität

Im Juni 2012 ermöglichte der weitgehende Rückzug der syrischen Armee aus den syrischen Kurdengebieten die Machtübernahme der PYD, die als einzige kurdische Partei in Syrien auf bestehende, bewaffnete Strukturen der HPG zurückgreifen konnte. Die PYD errichtete in Rojava (Westkurdistan), wie Syrisch-Kurdistan von vielen KurdInnen genannt wird, Selbstverwaltungsstrukturen, die allerdings innerkurdisch umstritten blieben. Die meisten anderen syrisch-kurdischen Parteien hatten sich bereits im Oktober 2011 im Kurdischen Nationalrat (*Encûmena Nîştîmanî ya Kurdi li Sûriyê*, ENKS) zusammengeschlossen, der die Unterstützung der Regionalregierung Kurdistans im Irak genoss. Dem ENKS blieb jedoch neben der im Syrischen Nationalrat aktiven Zukunftsbewegung auch die PKK-Schwesterpartei PYD fern. Diese konnte nun allerdings die kurdischen Gebiete weitgehend kampflos übernehmen. Versuche eine gemeinsame Verwaltung durch ein vom ENKS und der PYD gegründetes Oberstes Kurdisches Komitee einzurichten, scheiterten letztlich und so beteiligten sich die anderen kurdischen Parteien auch nicht an der Ausrufung der Autonomen Kantone im Jänner 2014. Bis auf einige unbedeutende Kleinstparteien weigerten sich alle anderen kurdischen Parteien Syriens in die neuen Regierungen der drei Kantone *Efrîn*, *Kobanê* und *Cizîrê* einzutreten. Scharfe Kritik an der PYD und ihrem autoritären Führungsstil kam nicht nur von einer neu fusionierten Schwesterpartei der irakischen PDK Masud Barzani, sondern auch von anderen kurdischen Parteien, die der PYD eine Kooperation mit dem Regime in Damaskus vorwarfen.

Während es der PYD relativ gut gelang die ethnischen Minderheiten, insbesondere die aramäischsprachigen AssyrerInnen in das neue politische System einzubinden, blieben die anderen kurdischen Parteien der neuen Verwaltung fern. Allerdings führte die veränderte Situation, nun tatsächlich politische Macht zu besitzen, auch innerhalb der PYD zu Konflikten. Insbesondere der Zuwachs, den die Partei durch neue Mitglieder erhielt, die zuvor aus Opportunismus teilweise mit dem Regime kollaborierten und nun eine Nähe zu den neuen HerrscherInnen suchten, führte zu Unmut unter manch alteingesessenen KämpferInnen. Viele der neuen ParteigängerInnen kamen in verantwortungsvolle politische Positionen, da sich die Kantonsverwaltungen die Loyalität dieser Gruppen erst sichern musste, während manch alter Genosse leer ausging.⁴

Das von der PYD etablierte politische System entspricht einem Räteystem, das jedoch stark unter dem Einfluss der Partei steht. Wie bereits in der Sowjetunion wird sich auch hier die Frage stellen, ob im Konfliktfall die Räte oder die Partei das Sagen hat. Die Räte selbst sind geschlechterparitätisch besetzt. Im feministischen Verständnis von PKK und PYD, sind sämtliche politische Positionen doppelt mit einer Frau und einem Mann zu besetzen. Auch wenn Propagandisten aus dem Umfeld der PKK auf die Gründung von Kooperativen verweisen und den „Aufbau einer alternativen Ökonomie in Rojava“⁵ behaupten, so können diese Ansprüche nicht darüber hinwegtäuschen, dass zumindest bisher die aufgebauten Kooperativen eher ökonomische Nischen bedienen und die wichtigsten Güter nicht kooperativ produziert werden. Ökonomisch ist die Region derzeit weniger

von der in der Theorie angestrebten sozialen Revolution gekennzeichnet, als von einer kriegsbedingten Notverwaltung, die (kapitalistisches) Privateigentum nicht antastet und, wie PYD-Parteichefin Asye Abdullah festhält, vorerst auch nicht antasten will.⁶ Es wurden zwar einzelne Kooperativen aufgebaut. Wie bedeutend diese für die Gesamtwirtschaft sind, ist jedoch fraglich. In Schlüsselsektoren dürfte v. a. die militärische Notwendigkeit und nicht die Idee der Kooperativen entscheidend sein.

Die innerkurdischen Konflikte mit der Autonomieregion Kurdistan im Irak führten schließlich dazu, dass trotz der Existenz eines innerkurdischen Grenzübergangs zwischen der Kurdistan-Region im Irak und dem Kanton Cizîrê bei Semalka, dieser Grenzübergang 2014 immer wieder über längere Zeiträume hinweg geschlossen blieb und die YPG großen Wert drauf legte, den weiter südlicheren Übergang bei al-Yarubiyah/Rabia zu erobern, um einen direkten Zugang zu der von der irakischen Zentralregierung kontrollierten Region des Irak zu haben und nicht mehr auf eine Kooperation mit der Regionalregierung Kurdistan im Irak angewiesen zu sein. Am 26. Oktober 2013 gelang es der YPG tatsächlich den Grenzposten bei al-Yarubiyah einzunehmen. Allerdings wurde diese Öffnung in Richtung Bagdad durch das Vordringen des so genannten „Islamischen Staates“ (IS) 2014 weitgehend wirkungslos.

Kampf um Kobanê

Erst der gemeinsame Feind IS führte ab dem Herbst 2014 zu einem Zusammenrücken der verfeindeten kurdischen Parteien. Im Juli war es den kurdischen Volksverteidigungseinheiten YPG und den Frauenverteidigungseinheiten (*Yekîneyên Parastina Jin*, YPJ) noch gelungen einen ersten Großangriff des IS auf den kleinsten der drei Kantone, auf Kobanê, abzuwehren. Im Herbst eroberten die Jihadisten des IS allerdings fast den gesamten Kanton. Als bereits der Großteil der Stadt in Händen des IS war, griff in letzter Minute die US-Luftwaffe ein. Kurdische Peshmerga aus dem Irak konnten nach massivem internationalem Druck schließlich durch die Türkei den eingeschlossenen KämpferInnen von YPG und YPJ zu Hilfe eilen. Am 30. Oktober kamen die ersten Peshmerga in Kobanê an. Es folgten Einheiten der Freien Syrischen Armee (FSA) und Freiwillige aus der Türkei und anderen Staaten. Nach heftigen Verlusten und um den Preis der weitgehenden Zerstörung der Stadt, konnte Kobanê Ende Jänner 2015 wieder befreit werden. Seither wurde auch der Rest des Kantons zurückerobert.

Die militärische Kooperation von Peshmerga und YPG führte auch zu einer kurzfristigen politischen Annäherung der verfeindeten kurdischen Parteien. Ein am 21. Oktober 2014 in Dohuk erreichtes Übereinkommen zwischen der PYD und dem Kurdischen Nationalrat (*Encûmena Niştimanî ya Kurdî li Sûriyê*, ENKS), das seither als Dohuk-Agreement bezeichnet wird, wurde jedoch nie umgesetzt. Es sah eine Neuaufteilung der Macht in Rojava vor. Ein 30-köpfiger Rat, mit 12 VertreterInnen der PYD und 12 VertreterInnen der Parteien mit einem Naheverhältnis zur Regionalregierung Kurdistan im Irak, sowie weiteren 6 VertreterInnen ande-

rer Parteien, hätte demnach die oberste Regierungsgewalt in Rojava übernehmen sollen. Zudem wären gemeinsame Streitkräfte vorgesehen gewesen. Allerdings konnten sich zunächst nicht einmal die Mitglieder des Kurdischen Nationalrates auf die interne Verteilung ihrer Sitze einigen. Später scheiterte die Umsetzung an der fehlenden Kooperation zwischen den Kantonsverwaltungen der PYD und dem ENKS. Die Premierministerin des Kantons Efrîn, Hêvî Îbrahîm Mustefa, bekennt sich zwar in der Theorie immer noch zur Umsetzung des Abkommens, konnte aber im Februar 2015 keinerlei Fahrplan zu dessen Ratifizierung in ihrem Kanton nennen. Vielmehr betonte sie die Schwierigkeiten einer Einigung mit dem ENKS.⁷

An der Verteidigung Kobanê waren auch KämpferInnen aus Efrîn und Cizîrê beteiligt. Im Zuge dessen wurde in den Kantonen Kobanê und Cizîrê auch die Wehrpflicht für Männer eingeführt, die nun ihren Wehrdienst in der YPG leisten müssen. Lediglich in Efrîn blieb die YPG eine Freiwilligenarmee. In allen drei Kantonen blieben die Frauenverteidigungseinheiten YPJ freiwillig.

Die Verteidigung Kobanê ermöglicht auch den Flüchtlingen die Rückkehr. Allerdings sind die meisten Flüchtlinge aus Kobanê derzeit immer noch in der Türkei. Stadt und Infrastruktur sind völlig zerstört und die andauernde Grenzblockade durch die Türkei erschwert den Wiederaufbau der Stadt.

So forderten auch die politisch Verantwortlichen aus Kobanê eine Öffnung der Grenze für humanitäre Lieferungen, allerdings auch für kommerzielle Güter. Der stellvertretende Außenminister des Kantons Kobanê, Idriss Nassan, der im April gemeinsam mit Gesundheitsminister Nassan Ahmad auf Einladung des Europäischen Parlaments in Europa weilte, fordert diesbezüglich auch von der EU Druck



Begräbnis einer in Kobanê gefallenen YPJ-Kämpferin in Efrîn am 3. Februar 2015 (Foto: Thomas Schmidinger)



Kobanê nach seiner Befreiung im Februar 2015: Ein Trümmerfeld (Foto: Thomas Schmidinger)

auf die Türkei auszuüben: „Die Türkei hört nur auf politischen Druck aus Europa. Ohne diesen werden wir weiter einer doppelten Belagerung ausgesetzt sein!“⁴⁸

Zwar erlaubt die Türkei die Rückkehr von Flüchtlingen nach Kobanê, allerdings werden Waren nur sehr selten und unregelmäßig über die Grenze gelassen. Es gelang zwar mittlerweile die Mühle, eine Großbäckerei und zwei notdürftig eingerichtete Spitäler wieder in Betrieb zu nehmen. Allerdings fehlt es an Medikamenten und Gerätschaften. Gesundheitsminister Nassan Ahmad schildert, dass Menschen deshalb oft auch wegen leicht behandelbarer Krankheiten sterben. Insbesondere fehle jegliche medizinische Versorgung in den Dörfern um Kobanê. „Jetzt wird es heißer“, schildert er im April 2015, „und ich fürchte, dass damit auch das Problem der Wasserversorgung wesentlich schwieriger wird. Wir haben kein sauberes Trinkwasser und sind darauf angewiesen das Grundwasser zu trinken, das wir in der Stadt finden. Dieses Wasser enthält aber Keime und könnte zum Ausbruch von Seuchen führen!“⁴⁹

Ungewisse Zukunft

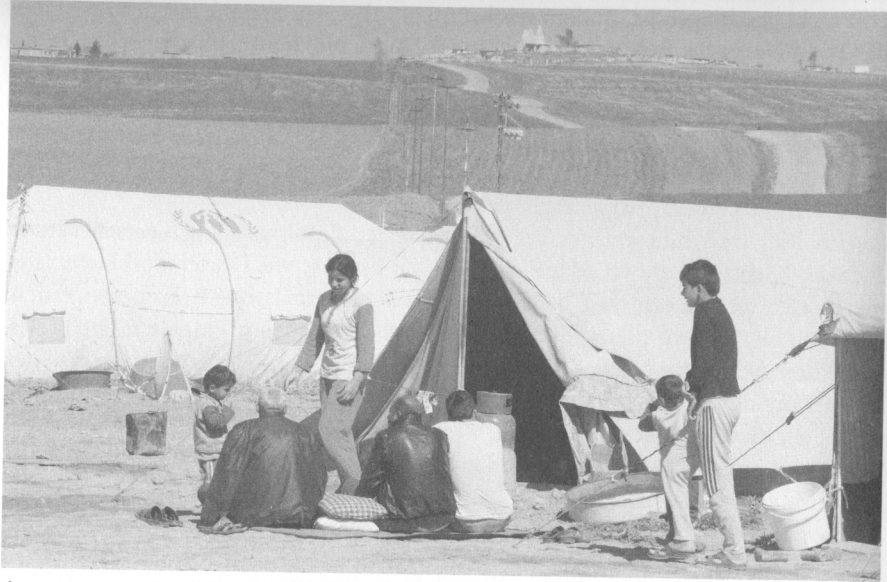
Die militärischen Erfolge in Kobanê sollten allerdings auch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Lage der drei Enklaven weiterhin prekär bleibt. Der IS ist trotz der Schwächung durch die Luftangriffe der USA weiterhin in der Lage in Syrien in die Offensive zu gehen. Erfolgreiche Überfälle auf christliche Dörfer am Rande des Kantons Cizîrê im März 2015, zeigen, dass der IS auch 2015 bei wei-

tem nicht geschlagen ist. Zudem wächst im Nordwesten Syriens mit der zum alten al-Qaida-Netzwerk gehörenden Jabhat al-Nusra ein neuer jihadistischer Feind heran. Der Jabhat al-Nusra ist es in den ersten Monaten 2015 gelungen ein weitgehend geschlossenes Gebiet in der Provinz Iblid und in Teilen der Provinz Aleppo unter Kontrolle zu bekommen, womit diese Miliz auch direkt an den Kanton Efrîn angrenzt. Dort wird bereits seit Monaten an einer Befestigung der Grenze mit Schützengräben und Sperranlagen gebaut.

Im Mai und Juni gelangen YPG und YPJ allerdings einige entscheidende Erfolge. Nicht nur die im März überfallenen assyrischen Dörfer und ein strategisch wichtiger Gebirgszug in der Nähe von Hasaka konnten erobert werden. Vom 14. bis 16. Juni gelang es YPG, YPJ und verbündeten Einheiten der Freien Syrischen Armee (*al-Ğaiş as-Sūrî al-Hurr*, FSA) Tal Abyad zu erobern und damit einen Korridor zwischen den beiden Kantonen Cizîrê und Kobanê zu schließen. Ob es bei diesen Eroberungen auch, wie von Human Rights Watch behauptet, zu gezielten Vertreibungen von AraberInnen in der Region gekommen ist, wird erst noch untersucht werden müssen. Tatsache ist, dass die YPG mit ihren Verbündeten nun erstmals auch größere Gebiete mit arabischer Mehrheitsbevölkerung kontrolliert und sich erst herausstellen wird, wie die dortige Bevölkerung darauf reagieren wird.

Die Situation im Irak ist aus kurdischer Sicht hingegen nur wenig erfreulich. Zwar gelang es den Jebel Sinjar¹⁰, auf dem êzîdische KämpferInnen und ZivilistInnen gegen den Angriff des IS im August 2014 ausgeharrt hatten, wieder freizukämpfen und mit Syrisch- und Irakisch-Kurdistan zu verbinden. Allerdings konnten die Peshmerga die Stadt Sinjar nicht völlig befreien. Vielmehr steht die Front seit Monaten still. Für die insgesamt 1,6 Mio. intern Vertriebenen Êzîdî, Schiiten, Schabak, Kaka`i und ChristInnen ist eine Rückkehr in ihre vom IS verwüsteten Heimatregionen um die Stadt Mosul völlig unmöglich. Das von einer massiven Wirtschaftskrise heimgesuchte Autonomiegebiet ist an den Grenzen seiner Belastbarkeit angelangt. Zudem verschärfen sich in der Region Sinjar die politischen Konflikte zwischen YPG und den Barzani unterstehenden Peshmerga, sowie den ursprünglich Barzanis PDK nahestehenden Volksverteidigungskräften von Shingal (*Hêza Parastina Şingal*, HPŞ) und den der YPG nahestehenden Widerstandseinheiten von Shingal (*Yekîneyên Berxwedana Şingal*, YBŞ). Die Niederschlagung von êzîdischen Protesten gegen die Regionalregierung Kurdistans und die Verhaftung eines hohen Kommandanten der HPŞ haben zu einer Entfremdung der HPŞ von Barzanis PDK geführt. Am 26. April 2015 verkündigte die HPŞ-Führung nun eine eigene von der PDK unabhängige êzîdische Partei gründen zu wollen.

Die Kämpfe in Kobanê und die Rolle der Türkei in Bezug auf den IS, führten im Oktober 2014 auch zu einem Aufstand in Türkisch-Kurdistan, der allerdings nicht zu einem Abbruch des Friedensprozesses führte. Auch zu Newroz 2015, dem kurdischen Neujahrsfest, bekannte sich der seit 1999 in Haft befindliche PKK-Parteichef Abdullah Öcalan zu einem Friedensprozess mit der Türkei. Die legale kurdische Partei, die Demokratische Partei der Völker (*Halkların Demokratik Partisi*, HDP) unter ihrem populären Spitzenkandidaten Selahattin Demirtaş erreichte bei ihrem ersten Antreten 13,12 % und nahm damit problemlos die extrem hohe



Êzidische Flüchtlinge aus Sinjar in einem informellen Flüchtlingscamp in Xanke in der Nähe von Dohuk (Irak) im April 2015 (Foto: Thomas Schmidinger)

10 %-Hürde. Unter den 80 Abgeordneten der Partei sind keineswegs nur KurdInnen, sondern auch eine Reihe türkischer Linker, ein Armenier, ein christlicher Assyrer und erstmals in der Geschichte auch zwei Êzidi. Der HDP ist es damit als erster von KurdInnen gegründeten Partei gelungen nicht mehr nur als kurdische Partei wahrgenommen zu werden, sondern auch als wählbare Alternative für linke und liberale TürkInnen und Angehörige von anderen Minderheiten. Ob diese Stärkung der zivilen kurdischen Bewegung auch eine Intensivierung des Friedensprozesses bedeutet, wird nun maßgeblich von der Bildung einer neuen Regierung abhängen. Die regierende Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (*Adalet ve Kalkınma Partisi*, AKP) und Präsident Erdoğan zeigten sich jedoch als schlechte Verlierer. Das Scheitern der Regierungsverhandlungen mit der rechtsextremen Nationalen Bewegungspartei (*Milliyetçi Hareket Partisi*, MHP), der kemalistischen Republikanischen Volkspartei (*Milliyetçi Hareket Partisi*, CHP) und der HDP führt nun nicht nur zu Neuwahlen, bei denen die AKP hofft ihre Niederlage ‚korrigieren‘ zu können. Nach dem Anschlag von Suruç vom 20. Juli 2015 und der erneuten Eskalation zwischen der türkischen Regierung und der PKK, ist der Friedensprozess derzeit beendet. Die Türkei griff in Syrien und im Irak Stellungen kurdischer Einheiten an und in Türkisch-Kurdistan herrscht wieder Krieg. Mitte August erklärten mehrere kurdische Städte in der Türkei, darunter die Provinzhauptstadt Şırnak (kurd.: Şirnex) und wichtige Kleinstädte wie Cizre (Cizîra Botan), Varto (Gımğım), Silvan (Farqîn) und die Grenzstadt Silopi ihre Selbstverwaltung. Kämpfer der PKK und teilweise schwer bewaffnete Mitglieder der Patriotischen Revolutionären Jugendbewegung (*Yurtsever Devrimci Gençlik Hareketi*,

YDGH), der militanten Jugendorganisation der PKK besetzten Städte und Stadtteile und errichteten Straßensperren in der Region. Der Ausgang des neuen Krieges im Südosten scheint diesmal mit einer politisch und militärisch gestärkten PKK offen zu sein.

Schwierig ist die Lage auch für die KurdInnen im Iran, deren Existenz zwar nie gezeugnet wurde und deren Sprache auch immer öffentlich verwendet werden konnte, deren Oppositionsparteien jedoch, wie die gesamte iranische Opposition unterdrückt werden. Der Iran war mit der Republik von Mahabad 1946 und den Aufständen vor und während der Revolution von 1979 zwar eines der Zentren kurdischer Autonomiebestrebungen. Allerdings gelang es der ‚Islamischen Republik‘ seit 1980 die Region unter ihre Herrschaft zu bringen und politischen Widerstand weitgehend zu brechen. Die Spaltung der großen historischen kurdischen Parteien im Iran, die Demokratische Partei Kurdistans Iran (*Partiya Demokratîk a Kurdistana Îranê*, PDK-I) in zwei und die Komalah in drei rivalisierende jeweils gleichnamige Parteien, hat die traditionelle kurdische Opposition in den letzten Jahren weiter stark geschwächt. Dies hat politischen Spielraum für die 2004 gegründete PKK-Schwesterpartei Partei für ein Freies Leben in Kurdistan (*Partiya Jiyana Azad a Kurdistanê*, PJAK) geschaffen, die einige Jahre einen bewaffneten Kampf gegen das Regime führte, der seit der Erklärung eines Waffenstillstands am 4. September 2011 jedoch ruht. Im Gegensatz zu den anderen Teilen Kurdistans blieb die Situation im Iran bis zum Frühling 2015 relativ ruhig. Dass diese Ruhe möglicherweise nur die Ruhe vor dem Sturm sein könnte, zeigte der spontane Aufstand in Mahabad im Mai 2015. Nachdem sich am 4. Mai, die 26-jährige Hotelangestellte Farinaz Khosravani im Kontext eines Vergewaltigungsversuches aus einem Hotel in den Tod gestürzt hatte, kam es in Mahabad und einigen anderen kurdischen Städten zu spontanen Demonstrationen und Ausschreitungen, die erst nach Tagen gewaltsam unterdrückt werden konnten. Dabei spielten die traditionellen Parteien offenbar eine untergeordnete Rolle. Zwar kam es am Rande der Ereignisse an der irakischen Grenze zu Auseinandersetzungen zwischen der PJAK und einer Fraktion der PDK-I, allerdings dürften die Aufstände primär von parteipolitisch nicht organisierten Jugendlichen in den iranisch-kurdischen Städten getragen worden sein.

Insgesamt sind damit mehrere kurdische Akteure als bedeutende regionale politische Kräfte an der Neugestaltung des Nahen Ostens beteiligt. Im Irak und in Syrien hat dies sogar zur Schaffung parastaatlicher Entitäten geführt. Wie weit sich diese verstetigen können, wird auch von der Gesamtentwicklung der Region abhängen. Auch wenn ein unabhängiger Nationalstaat „Kurdistan“ derzeit eher unwahrscheinlich erscheint, so wird es auch kein Zurück unter die Herrschaft verschiedener zentralistischer Nationalstaaten geben. Eine modernisierte Variante der alten kurdischen Fürstentümer des frühen 19. Jahrhunderts scheint derzeit die wahrscheinlichere Variante zu sein, also teilweise miteinander rivalisierende autonome Regionen mit zumindest im Falle Irakisch-Kurdistans postfeudalen politischen und ökonomischen Strukturen. Was in einer solchen Konstellation mit den revolutionären Positionen der PKK und ihren Schwesterparteien geschieht, wird die wirklich spannende Frage der Zukunft sein.

Weiterführende Literatur

- Fischer-Tahir, Andrea: Wir gaben viele Märtyrer. „Wir gaben viele Märtyrer“. Widerstand und kollektive Identitätsbildung in Irakisch-Kurdistan. Münster 2003.
- Flach, Anja/Ayboğa, Ercan/Knapp, Michael: Revolution in Rojava. Frauenbewegung und Kommunalismus zwischen Krieg und Embargo. Hamburg 2015.
- Marcus, Alica: Blood and Belief. The PKK and the Kurdish Fight for Independence. New York 2007.
- Schmidinger, Thomas: Krieg und Revolution in Syrisch-Kurdistan. Analysen und Stimmen aus Rojava. Wien 2014.
- Yalçın-Heckman, Lale/Strohmeier, Martin: Die Kurden: Geschichte – Politik – Kultur. München 2000.

Anmerkungen

- 1 In der Überschrift wurde bewusst nur von Kurden und nicht von KurdInnen geschrieben, da die politischen Machtpositionen in den kurdischen Parteien immer noch ausschließlich von Männern besetzt werden. Insofern sind es die Kurden und nicht die KurdInnen, die in die Machtpolitik des Nahen Ostens zurückkehren. Selbst in der PKK und ihren Schwesterorganisationen, die am stärksten feministische Positionen vertritt und auf allen Ebenen eine Doppelführung von Männern und Frauen haben, sind es primär Männer, die real das Sagen haben: Abdullah Öcalan als Führer der Bewegung aber auch dort wo Doppelspitzen vorhanden sind, sind es real die Männer, die mehr zu sagen haben und die real die mächtigsten sind. Bei den anderen kurdischen Bewegungen trifft dies umso mehr zu.
- 2 Lale Yalçın-Heckman/Martin Strohmeier: Die Kurden: Geschichte – Politik – Kultur. München 2000, S. 166.
- 3 Alica Marcus: Blood and Belief. The PKK and the Kurdish Fight for Independence. New York 2007, S. 56.
- 4 Thomas Schmidinger: Krieg und Revolution in Syrisch-Kurdistan. Analysen und Stimmen aus Rojava. Wien 2014, S. 145f.
- 5 Anja Flach/Ercan Ayboğa/Michael Knapp: Revolution in Kurdistan. Frauenbewegung und Kommunalismus zwischen Krieg und Embargo. 2015, S. 245f.
- 6 Interview mit Asye Abdullah, 21. Februar 2014.
- 7 Interview mit Hévi İbrahim Mustefa, 2. Februar 2015.
- 8 Interview mit Idriss Nassan, 24. April 2015.
- 9 Interview mit Nassan Ahmad, 24. April 2015.
- 10 Im August 2014 teilweise vom IS erobertes Hauptsiedlungsgebiet der Êzîdî im Irak.